



Kurzbericht

über die 49. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 6. Februar 2019, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

1. Entwurf eines Gesetzes zum Zweiundzwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zweiundzwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag - 22. RÄStV)

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/1061](#)

Der Ausschuss nahm einen Bericht des Chefs der Staatskanzlei entgegen. Nach einer sich daran anschließenden Diskussion schloss der Ausschuss seine Beratung über die Vorlage ab und beschloss mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimme der AfD, dem Landtag zu empfehlen, den Gesetzentwurf der Landesregierung, [Drucksache 19/1061](#), unverändert anzunehmen.

2. Bericht der Landesregierung über die Festnahme von drei Verdächtigen am 30.01.2019 in Meldorf im Zusammenhang mit der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat

Antrag des Abg. Dr. Dolgner (SPD)
[Umdruck 19/1992](#)

In einem öffentlichen und einem vertraulichen Sitzungsteil nahm der Ausschuss einen Bericht des Innenministeriums entgegen, an den sich eine kurze Aussprache anschloss.

3. Organstreitverfahren der Abgeordneten Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein gegen die AfD-Fraktion im Landtag Schleswig-Holstein vor dem Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgericht betreffend den Fraktionsausschluss - Az. LVerfG 1/19

Schreiben des Landtagspräsidenten vom 22. Januar 2019
[Umdruck 19/1952](#)

Mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW bei Enthaltung der AfD empfahl der Ausschuss dem Landtag, in dem Verfahren keine Stellungnahme abzugeben.

4. Entwurf eines Gesetzes über die Verwendung der Kompensationsmittel des Bundes nach Artikel 143 c Absatz 1 des Grundgesetzes und der Landesmittel zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden in Schleswig-Holstein (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz Schleswig-Holstein - GVFG-SH)

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/1005](#)

Einstimmig beschloss der Ausschuss, sich dem Votum des federführenden Wirtschaftsausschusses und des mitberatenden Finanzausschusses anzuschließen, dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung, [Drucksache 19/1005](#), zu empfehlen.

5. Schleswig-Holsteinischer Landespreis für Baukultur und Innovationen im Wohnungs- und Städtebau

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/987](#)

Dieser Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

6. Bürgerfreundliche und verständliche Sprache in der Verwaltung fördern

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/980](#)

Einstimmig beschloss der Ausschuss, sich mit den Vorlagen wieder zu befassen, sobald der mitberatende Sozialausschuss ihm einen Verfahrensbeschluss oder ein Votum zugeleitet hat.

7. Schaffung eines „Modellprojekts Clearingstelle“

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/1100](#)

Rechtssicherheit für Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus schaffen

Alternativantrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/1196](#)

Der Ausschuss kam überein, die Beratung zu vertagen und am 13. März 2019 erneut über die Vorlage zu beraten.

8. Personalstruktur- und Personalmanagementbericht 2018 des Landes Schleswig-Holstein (Berichtsjahr 2017)

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/1136](#)

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt und in Aussicht genommen, ihn am 13. März 2019 aufzurufen.

9. a) Entwurf eines Gesetzes über die Einführung einer pauschalen Beihilfe für gesetzlich krankenversicherte Beamtinnen und Beamte

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/1138](#)

b) Wahlmöglichkeit bei der Krankenversicherung für Beamtinnen und Beamte schaffen

Antrag der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/1070](#)

Einstimmig beschloss der Ausschuss, sich dem schriftlichen Anhörungsverfahren des federführenden Finanzausschusses anzuschließen und ihn zu bitten, den Innen- und Rechtsausschuss an einer mündlichen Anhörung gegebenenfalls zu beteiligen.

10. Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes und des Landesverwaltungs-gesetzes des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Volksinitiative zum Schutz des Wassers

[Drucksache 19/1092](#)

Ebenfalls einstimmig beschloss der Ausschuss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung mit Frist für die Einreichung der Stellungnahmen zum 22. Februar 2019. Die Anzuhörenden sind der Ausschussgeschäftsführung bis zum 8. Februar 2019 zu benennen. Die abschließende Beratung soll in einer zusätzlichen Ausschusssitzung entweder am 27. Februar 2019 oder am 6. März 2019, 9 Uhr, stattfinden.

11. Verschiedenes

- a) Die Vorsitzende kündigte eine mögliche zusätzliche Ausschusssitzung für den 20. März 2019 an und bat die Mitglieder darum, sich den Termin freizuhalten.
- b) Die Ausschussmitglieder einigten sich auf den 11. Juni 2019 als Anreisetag für die geplante Informationsreise nach Estland (11.-13. Juni 2019).

Schluss: 15:30 Uhr

gez. Dörte Schönfelder